



Nr. 26

18. August 2023

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

dbb Bürgerbefragung 2023

[Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit auf Tiefpunkt – Gewaltbereitschaft steigt](#)

Beamtinnen und Beamte des Bundes

[Fragen und Antworten zur Einkommensrunde 2023/2024](#)

dbb jugend

[Mehr Mitsprache für junge Menschen dringend nötig](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen-Anhalt

[dbb Landeschef warnt vor Personalmangel](#)

Schleswig-Holstein

[dbb Landesbund will Stelle für Bürokratieabbau](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) /

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Geplante Cannabis-Regelung schafft ein Bürokratiemonster](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Pflegende sollen endlich entlastet werden](#)

Bund Deutscher Forstleute (BDF)

[Personalengpass bei Forstleuten wird sich absehbar verschärfen](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

## dbb Bürgerbefragung 2023

### Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit auf Tiefpunkt – Gewaltbereitschaft steigt

**Aktuell gehen nur noch 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen.**

Überfordert ist der Staat danach vor allem mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Bildungspolitik sowie in der Klima- und Umweltpolitik, so das Ergebnis der 17. dbb Bürgerbefragung, die das Meinungsforschungsinstitut forsa durchgeführt hat. Alle abgefragten staatlichen Dienstleistungen und Institutionen haben in 2023 schlechtere Performance-Noten bekommen als im Vorjahr. „Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit ihres Staates ist damit auf einen neuen Tiefpunkt gesunken. Das ist alarmierend“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die Ergebnisse am 15. August 2023 in Berlin.

Die wichtigsten Aufgaben des Staates sind aus Sicht der Befragten 2023 die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit, die Verbesserung der Infrastruktur sowie der Klimaschutz. Im Westen werden Klimaschutz, Migrationsfragen und die Unterstützung der Ukraine als wichtigste Staatsaufgaben gesehen, im Osten eher die Entlastung der Bevölkerung von Inflationfolgen, der soziale Ausgleich und die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land. „Besonders bedenklich ist dabei die sich immer stärker abzeichnende Spaltung der Gesellschaft“, so Silberbach weiter. „Die Gräben zwischen Ost und West, arm und reich, je nach Bildungsabschluss werden tiefer und der gesellschaftliche Stresslevel steigt.“

Inzwischen konstatieren 80 Prozent der Befragten eine generelle Verrohung der Gesellschaft. 26 Prozent sind dabei selbst Zeuge von Übergriffen auf öffentlich Bedienstete geworden. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten im

öffentlichen Dienst (54 Prozent) ist selbst beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen worden. Silberbach: „Das ist ein vollkommen inakzeptabler Wert! Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zahlen die Zeche für den generellen Ansehensverlust des Staates, nicht nur bei Polizei und Rettungsdiensten, sondern auch in Schulen, Jobcentern und Bürgerämtern. Die Verrohung und Gewaltbereitschaft ist inzwischen ein riesen Problem für den öffentlichen Dienst, aber eigentlich für unsere ganze Gesellschaft. Schauen Sie sich nur an, was im Internet, in Fußballstadien oder im Straßenverkehr los ist.“

Die Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden sind in der Pflicht, sich endlich wirklich vor ihre Beschäftigten zu stellen und sie moralisch, materiell und organisatorisch angemessen zu unterstützen, so der dbb-Chef: „Lasst uns endlich unsere Arbeit machen. Was die Bürgerinnen und Bürger – und übrigens auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – wollen, ist ganz einfach: Der Staat soll seine Aufgaben erfüllen und für die Menschen da sein. Sie wollen keinen anderen Staat, sondern einen effizienten. Auch da sind die Ergebnisse unsere Bürgerbefragung eindeutig. Statt die Mittel für die Digitalisierung zu kürzen und ständig immer neue, immer kompliziertere Gesetze zu verabschieden, sollte die Bundesregierung das Gegenteil tun: Mehr Digitalisierung, mehr Bürokratieabbau und mehr Serviceleistungen im öffentlichen Dienst.“

Die vollständige dbb Bürgerbefragung 2023 gibt es als PDF auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

## Beamtinnen und Beamte des Bundes

### Fragen und Antworten zur Einkommensrunde 2023/2024

**Geltungsbereich, Inhalte des Tarifabschlusses, Sonderzahlungen – hier finden Sie Antworten auf häufig gestellte Fragen.**

Für wen gilt der aktuelle Tarifabschluss 2023/2024 von Bund und Kommunen? Wie erfolgt die Übertragung von Tarifergebnissen auf die Beamtinnen und Beamten? Wer erhält die

Inflationsausgleichszahlung? Diese und viele weitere Fragen werden hier auf [dbb.de](https://www.dbb.de) beantwortet.

dbb jugend

**Mehr Mitsprache für junge Menschen dringend nötig****Am 12. August war Internationaler Tag der Jugend. Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, untermauerte die Forderung nach einem Wahlalter ab 16 bei der Bundestagswahl.**

In sechs Bundesländern, darunter Baden-Württemberg, Brandenburg und Bremen, dürfen junge Menschen ab 16 Jahren wählen, in den übrigen nicht. Während junge Menschen in Österreich schon ab 16 Jahren an den Nationalratswahlen teilnehmen dürfen, gilt in Deutschland bei der Bundestagswahl das Wahlalter 18. „Das ist absolut nicht mehr zeitgemäß“, sagte Matthäus Fandrejewski anlässlich des Internationalen Tags der Jugend am 12. August 2023 in Berlin. „Die dbb jugend fordert die Politik auf, jungen Menschen mehr demokratisches Mitspracherecht zu geben. Wir brauchen das Wahlalter 16 in allen Bundesländern und bei der Bundestagswahl.“

Fandrejewski begründet seine Forderung unter anderem mit dem demografischen Wandel: „Die Gesellschaft altert, bei der vergangenen Bundestagswahl waren 38,8 Prozent der Wahl-

berechtigten 60 und älter“, erklärte er. „Die Interessen von jungen Menschen fallen immer weniger ins Gewicht. Das ist nicht fair, weil sie am längsten mit den Entscheidungen von heute leben müssen.“

Außerdem nutzt Fandrejewski den Internationalen Tag der Jugend, um junge Menschen im öffentlichen Dienst aufzufordern, sich aktiv einzubringen: „Gerade in Sachen Digitalisierung weiß die junge Generation oft besser Bescheid. Seid unbequem, aber konstruktiv, bringt euch ein, gestaltet euren Arbeitsplatz von morgen.“

Und auch an die älteren Generationen richtet Fandrejewski einen Appell: „Hört den jungen Kollegen und Kolleginnen zu, unterstützt sie, seid offen für neue Ideen und geht mit der Zeit. So bringen alle Generationen den öffentlichen Dienst gemeinsam nach vorne.“

***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Sachsen-Anhalt

**dbb Landeschef warnt vor Personalmangel****Die Rufe aus der öffentlichen Verwaltung nach mehr Personal und Ressourcen werden immer lauter. Der Landeschef des dbb sachsen-anhalt, Ulrich Stock, warnt vor den Folgen eines Personalmangels im öffentlichen Dienst.**

Bereits aktuell könnten nicht alle Stellen besetzt werden, insbesondere im Bereich Bildung. Es gebe in den Behörden des Landes und auch der Kommunen aber fast überall leere Arbeitsplätze. Es herrsche der nicht nur vom dbb bereits vor Jahren prognostizierte Fachkräftemangel. „Ein Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt geht bis 2030 in den Ruhestand und wird schwer ersetzt werden können“, so Stock am 15. August 2023. Hinzu komme, dass die Bundesländer und Verwaltungen sich untereinander die Beschäftigten abwerben. Und hier seien alle Bereiche im öffentlichen Dienst betroffen.

Die Unterschiede zwischen dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) machten es derzeit dem Bund und den Kommunen leichter, Landespersonal zu werben. Auch Nachwuchs komme zu wenig nach, weil es für die vorhandenen Ausbildungsplätze überhaupt nicht genügend junge Menschen gebe. Die größte Landesbehörde, die wesentlich für die Ausbildung in der allgemeinen Verwaltung in Sachsen-Anhalt zuständig ist, meldete gerade, dass 47 junge Menschen zur Ausbildung beziehungsweise zum

Studium bei ihr anfangen. Laut Haushaltsplänen stehen aber 70 Plätze zur Verfügung.

Stock erklärte, bei jungen Menschen stehe nicht nur eine gute Bezahlung, sondern auch gute Arbeitsbedingungen wie flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle im Vordergrund. „Hier muss der öffentliche Dienst punkten und starre Strukturen und Hierarchien aufweichen sowie fehlende Digitalisierung weiter vorantreiben. Wenn wir nicht endlich bei der

Digitalisierung vorankommen, werden sich Bearbeitungsfristen verlängern, Betreuungsschlüssel verschlechtern und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes wird deutlich geschwächt. Bestimmte Verwaltungsaufgaben werden bald gar nicht mehr zu erfüllen sein“, betont Stock. Digitalisierung und künstliche Intelligenz könnten zwar perspektivisch die Beschäftigten entlasten, aber der Personalmangel lasse sich damit alleine nicht aufwiegen. Viele Entscheidungen der Behörden bedürften eines komplexen Abwägungsprozesses.

## Schleswig-Holstein

### **dbb Landesbund will Stelle für Bürokratieabbau**

**In Schleswig-Holstein gelingt in vielen Bereichen der Verwaltung laut dbb Landeschef Kai Tellkamp keine zuverlässige Aufgabenerfüllung mehr: „Das ist ein inakzeptabler und auch gefährlicher Zustand.“**

Es werde derzeit „nicht wirksam gegengesteuert, um diesen für die Bürger und die Beschäftigten gleichermaßen unbefriedigenden Zustand abzustellen. 'Kurs halten' ist hier die falsche Strategie“, so Tellkamp am 15. August 2023. Es gebe zu viele Aufgaben, die von zu wenig Personal unter zu schlechten Bedingungen zu erfüllen sind. Zu den schlechten Bedingungen zählt der dbb sh dabei nicht nur wesentliche Aspekte der Arbeits- und Einkommensbedingungen (41-Stunden-Woche, gekürztes Weihnachtsgeld), sondern auch die bürokratischen Strukturen und Abläufe.

Der Bürokratieabbau habe daher bei der Lösung dieser Probleme eine Schlüsselfunktion. „Wenn dieser gelingt, benötigen wir weniger Ressourcen für die Aufgabenerfüllung, die außerdem schneller zu bewerkstelligen wäre.

Und natürlich hätten wir dabei auch mehr Mittel, um das Personal zu wettbewerbsfähigen Bedingungen zu beschäftigen“, sagte der dbb Landeschef.

Ideen für Bürokratieabbau würden allerdings oft schon im Keim erstickt, weil niemand Ideen dazu zur „Marktreife“ entwickeln könne. Es gebe einfach zu viele Zuständigkeiten, die wie ein Bremsklotz wirkten. Insbesondere dann, wenn ein Verantwortungsverlust beteiligter Stellen drohe. Deshalb hat der dbb sh den Vorschlag entwickelt, den Bürokratieabbau durch eine unabhängige Stelle voranzutreiben. An diese sollen sich Bürger, die Wirtschaft, aber auch Beschäftigte mit Anregungen wenden können. Auf dieser Grundlage könnten dann konkrete Vorschläge entwickelt werden.

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) / Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

### **Geplante Cannabis-Regelung schafft ein Bürokratiemonster**

**Die DPOIG und der BDZ kritisieren die Pläne der Bundesregierung zum Umgang mit Cannabis, die am 16. August 2023 im Bundeskabinett beraten wurden.**

Der DPOIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte zu den Plänen des Bundesgesundheitsministers: „Der vorgesehene Gesetzentwurf von Karl Lauterbach bringt ein Bürokratiemonster ersten Grades hervor, das schon wegen seiner Überkomplexität zum Kontrollverlust in der Realität führen wird. Von einer eigentlich vorgesehenen Entlastung von Polizei

und Justiz kann keine Rede sein. Die Cannabis-Vereine, die gegründet werden können, müssen zahlreiche Auflagen erfüllen und die Dokumentationspflichten tun ihr übriges. Jeder festgestellte Verstoß erfordert anschließend umfangreiche Ermittlungsarbeit.“

Bisher noch völlig offen sei zudem, wie mit Kraffahrern im Straßenverkehr umgegangen werden soll, die unter Cannabis-Einfluss stehen. Der Bundesverkehrsminister wolle dazu eine Arbeitsgruppe mit Experten aus Medizin, Recht und Verkehr einberufen, die sich mit der Frage auseinandersetzt. Viel zu spät, findet Wendt: „Wie Arbeitsgruppen arbeiten und in welchem Tempo dies geschieht, kennen wir. Vielleicht hätte man bevor man ein solches Gesetz auf den Weg bringt, diese wichtige Frage klären sollen. Denn im Straßenverkehr geht es nicht nur um Eigen- sondern auch um Fremdgefährdung. Spätestens hier hört der Spaß auf.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) hatte statt der nun beabsichtigten Legalisierung eine Überführung ins Ordnungswidrigkeiten-Recht gefordert, um bei Erstverstößen gezielte staatliche Sanktionen, etwa Präventionskurse oder Bußgelder einzusetzen. Wendt: „Beim jetzigen Gesetzentwurf bleibt der Jugendschutz auf der Strecke, denn den schafft man nur mit Personal und vernünftigen Programmen in den Kommunen, davon will der Minister aber nichts wissen.“

Der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel hat ebenfalls Kritik an den bisherigen Regierungsplänen geäußert: „Auch aus Sicht des Zolls zeichnet sich das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz immer mehr als Bürokratiemonster mit vielen ungeklärten Fragen

ab: Was passiert eigentlich, wenn jemand mit mehr als 25 Gramm mitgeführtem Cannabis in einer Zollkontrolle erwischt wird? Dürfen die Zollbeamtinnen und Zollbeamten diese Person auch unter der neuen Rechtslage weiterhin festhalten und die Verstöße ahnden? Dazu gab es bisher keine Antworten.“

Der aktuelle Gesetzentwurf definiere auch nicht, was eigentlich genau unter Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Cannabis zu medizinisch-wissenschaftlichen Zwecken zu verstehen sei, die der Zoll künftig überwachen soll. Liebel: „Wir sind sehr gespannt, wie die spätere Verbrauchsbesteuerung aussehen soll, die im Rahmen des kommerziellen Vertriebs von Cannabis in den angekündigten Modellregionen angewendet werden wird. Diese Steuer war bisher ein Hauptargument der Regierung, um die gesundheitspolitische Lenkungswirkung des Drogenkonsums weiter zu gewährleisten. Nun ist auch davon nichts mehr zu hören.“

Als Fachgewerkschaft für Zoll und Bundesfinanzverwaltung habe der BDZ gegenüber dem Bundesfinanzministerium bisher keine zusätzlichen Planstellen für weitere Vollzugsbeamtinnen und -beamte des Zolls im Bundeshaushalt für 2024 eingefordert. Wenn der Gesetzgeber nun aber mit immer mehr unausgereiften Gesetzentwürfen vorpresche, müsse man diesen Standpunkt möglicherweise überdenken, so der BDZ Chef.

## Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Pfleger sollen endlich entlastet werden

**Der GdS Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner hat den Vorstoß der Unions-Bundestagsfraktion für eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige begrüßt:**

„Gut, dass auch CDU und CSU sich unserer langjährigen Forderung anschließen. Es braucht endlich eine Leistung für pflegende Angehörige, die – ähnlich wie das Elterngeld – dann ausgezahlt wird, wenn Angehörige ihre Berufstätigkeit einschränken und sich um pflegebedürftige Verwandte kümmern“, so Wagner am 14. August 2023. In Deutschland gebe es rund fünf Millionen Pflegebedürftige, von denen mehr als vier Millionen zu Hause gepflegt werden. In der Regel würden nahe Angehörige die Pflege übernehmen, häufig unterstützt von ambulanten Pflegediensten. „Der Wunsch, nicht in einem Heim, sondern zu Hause gepflegt zu werden, ist stark ausgeprägt. Pfleger sehen sich dann oft mit der schwierigen

Entscheidung konfrontiert, in ihrem Beruf kürzerzutreten, um ihren pflegebedürftigen Angehörigen zu helfen. Das Pflegegeld allein kompensiert diesen Einkommensverlust nicht ausreichend“, machte der GdS Chef deutlich.

Auch die Ampelkoalition habe erkannt, dass pflegende Angehörige finanziell entlastet werden müssen. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Wir [...] ermöglichen pflegenden Angehörigen und Nahestehenden mehr Zeitsouveränität, auch durch eine Lohnersatzleistung im Falle pflegebedingter Auszeiten.“ Der GdS Bundesvorsitzende greift diese Pläne auf: „Wir nehmen die Bundesregierung beim Wort. Pfleger Angehörige – und wir sprechen hier

ganz überwiegend über Frauen – brauchen endlich echte Entlastung in Form einer Lohnersatzleistung. Ansonsten riskieren wir, dass sie zwischen den Anforderungen von Beruf, Familie und Pflege über kurz oder lang zerrieben werden.“

Erst im Juli hatte der unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf seinen Bericht an Bundesfamilien- und Seniorenministerin Lisa Paus übergeben. Eine zentrale Handlungsempfehlung des Berichtes ist die

Einführung eines Familienpflegegeldes, das 36 Monate pro pflegebedürftiger Person ausbezahlt werden kann und aus Steuern finanziert wird. „Die Vorschläge des Beirates unterstützen wir ausdrücklich“, so Maik Wagner. „Das Familienpflegegeld muss steuerfinanziert sein, um die Pflegeversicherung nicht zu überfordern. Diese steht bereits jetzt unter immensem finanziellen Druck und bedarf weiterer Reformen.“

## Bund Deutscher Forstleute (BDF)

### Personalengpass bei Forstleuten wird sich absehbar verschärfen

**Hunderte Auszubildende bundesweit haben gerade ihre Lehrstelle für die Ausbildung zum Forstwirt oder zur Forstwirtin angetreten. Zu wenig für den Bedarf am Markt, warnt der BDF.**

Die Ausbildung zum Forstwirt und zur Forstwirtin findet überwiegend in den öffentlichen Forstbetrieben und -verwaltungen statt. „In unserer bundesweiten Forstpersonalabfrage haben wir festgestellt, dass die öffentlichen Forstbetriebe etwa so viel Forstwirte benötigen, wie sie derzeit ausbilden“, erklärte dazu der BDF Bundesvorsitzende Ulrich Dohle am 16. August 2023 „Wir gehen aber davon aus, dass die vielen privaten Forstunternehmer und Dienstleister sowie kleinere Waldbesitzer und Kommunen einen ähnlich hohen Bedarf an Fachkräften für den Wald haben.“ Damit zeichne sich bereits jetzt ein Personalengpass ab, der sich auf den Wald mittel- bis langfristig negativ auswirken könne. Lediglich der öffentliche Forstbetrieb (ForstBW) in Baden-Württemberg bilde etwa doppelt so viele Forstwirte und Forstwirtinnen aus, wie er selbst benötigt.

„Wir haben mit der Wiederbewaldung der Schadensflächen von sicher 600.000 Hektar sowie mit dem zu forcierenden aktiven Umbau von noch rund 3 Millionen Hektar leider noch naturferner Nadelbaumforsten eine Menge Arbeit vor uns“, beschreibt Dohle die Situation. Darüber hinaus sieht der BDF genug Arbeit bei der künftigen zielgerichteten Pflege der Wälder hin zu kleinteilig strukturierten Mischwäldern, die immer wichtiger werden für den Klimaschutz, die biologische Vielfalt und damit das Gemeinwohl. „Und natürlich benötigen wir auch weiterhin den tollen nachwachsenden Werkstoff Holz, der in der Transformation unserer Wirtschaft zur Bioökonomie eine wichtige Rolle spielt.“

## Namen und Nachrichten

Am 15. August 2023 trafen sich Vertreter des **dbb sachsen-anhalt** sowie der **Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)** sich mit den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und Linken des Landes zu einem Arbeitsgespräch. Hintergrund war der Beschluss des Kabinetts zum Haushaltsplanentwurf 2024, der Anfang September 2023 in den Landtag eingebracht werden soll. Insbesondere der gewichtige Haushaltstitel „Personalkosten“ stand auf der Tagesordnung. Ferner wurde die durch eine Besetzungssperre in

Aussicht gestellte Einsparmaßnahme mit Sicht auf die sich weiter zuspitzende Personalsituation bei stetig steigendem Aufgabenzuwachs – auch mit Blick auf den von der Bundesregierung vorgestellten Entwurf eines Wachstumschancengesetzes – beleuchtet.

Am 16. August 2023 besuchte der Vorsitzende des **dbb berlin**, Frank Becker, die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, Ina Czyborra, zum Auftaktgespräch. Unter ande-

---

rem zu den Themen Personalgewinnung, Ausbildungsgänge an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Situation im Maßregelvollzug, Digitalisierung im Gesundheitswesen, Zentrale Medizinische Gutachtenstelle

(ZMGA), Personelle Situation in den Gesundheitsämtern sowie Ermittlung von personellen Bedarfen für Dienststellen des Landes Berlin wolle man auch zukünftig im Gespräch bleiben.

### Termine:

18.- 19. September 2023

#### **14. Forum Personalvertretungsrecht**

Weitere Informationen folgen.

11. Oktober 2023

#### **Forderungsbeschluss Einkommensrunde Länder**

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

#### **3. Bundesseniorenkongress**

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de).

---